A5 Moderne Verwaltung - starke Gesellschaft

Gremium:	Schreibgruppe
Beschlussdatum:	06.12.2022
Tagesordnungspunkt:	5.2.4. Moderne Verwaltung - starke Gesellschaft

Text

Die Flensburger*innen haben Recht auf eine Verwaltung, die sich als Dienstleisterin für die Einwohner*innen versteht. Eine Verwaltung, die auf Höhe der Zeit digital arbeitet und eine breite Einwohner*innenbeteiligung vorsieht. Eine Stadt, die Räume schafft, in denen jede*r sich wohlfühlen kann.

Wir GRÜNE stehen ein für die moderne Stadt. Wir bringen Digitalisierung voran und schaffen neue Beteiligungsinstrumente. Wir wollen eine sichere Stadt, in der sich trotzdem keine*r ständig überwacht fühlt. Unser Motto: So wenig Ordnungskräfte und Überwachung wie möglich, so viel wie nötig. Wir schaffen eine Stadt, die inklusiv denkt und den Einwohner*innen gegenüber transparent agiert. Eine Stadt, die die Arbeit ihrer Ehrenamtlichen schätzt.

Unsere Verwaltung. Gemeinsam. Gestalten:

- Unsere Stadt braucht einen Digitalisierungsschub. Wir begleiten den Weg Flensburgs zur Einhaltung des Online-Zugangsgesetzes und treiben die „Digitale Agenda“ der Stadt Flensburg deshalb weiter voran. Für uns ist klar: Die Einwohner*innen haben das Recht auf eine moderne und digitale Verwaltung.

- Wir wollen Barrieren abbauen und die Verwaltung so niedrigschwellig wie möglich gestalten. Schwere Sprache bei Behörden und Formularen sind für viele Einwohner*innen nicht nachvollziehbar. Wir werden deshalb eine Strategie „Leichte Sprache“ für die Verwaltung vorschlagen. Verwaltung muss für jede*n zugänglich sein.

- Es braucht eine Sensibilität und Aufklärung innerhalb der Verwaltung gegenüber dem Thema Inklusion. Hier wollen wir parallel mit dem Plan zur

inklusiven Stadtentwicklung auch einen Plan zum inklusiven Einwohner*innenservice.

- Wir wollen die Transparenz der Stadt stärken. Informationen und amtliche Mitteilungen müssen alle erreichen können. Deshalb wollen wir eine modernere, übersichtlichere und inklusive Internetpräsenz der Stadt und einen interaktiven Auftritt in sozialen Medien.

- Wir wollen eine Reform der Gemeinsamen Straßenverkehrsbehörde des Kreises Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg. Es muss gewährleistet sein, dass auch die Stadt Flensburg direkten (und nicht bloß indirekten) Einfluss auf Abläufe in der Straßenverkehrsbehörde nehmen kann.

- Die Ordnungsbehörde verdient eine angemessene Ausstattung, gleichzeitig hat jede*r Flensburger*in ein Recht auf Freiräume und Entfaltungsmöglichkeiten. Diesem Spannungsfeld begegnen wir mit der klaren Haltung: So wenig wie möglich, so viel wie nötig. Einen Kommunalen Ordnungsdienst (kurz: KOD) lehnen wir weiterhin ab. Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin dagegen ein, dass eine Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen wie zum Beispiel am Südermarkt stattfindet.

- Die Arbeit unserer Feuerwehren – sowohl die der freiwillig Engagierten als auch der hauptamtlich Tätigen – schätzen wir sehr. Wir werden die Arbeit der Feuerwehren deshalb durch die Verfügbarkeit einer angemessen Ausstattung und zeitgemäßen Räumlichkeiten stärken.

Ehrenamt. Gemeinsam. Gestalten:

- Flensburg hat ein starkes Ehrenamt. Die starke Solidarität der Flensburger*innen gegenüber Geflüchteten auch in Form des ehrenamtlichen Engagements hat dies zuletzt immer wieder gezeigt.

- Die Engagementstrategie der Stadt werden wir weiter vorantreiben mit dem Ziel, ehrenamtlich Engagierte noch stärker zu entlasten und die Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement zu verbessern.

- Parallel zum bisherigen „Ehrenamtsparken“, einer Möglichkeit für

Ehrenamtliche, auf öffentlichen Stellflächen kostenfrei zu parken, wollen wir auch eine Entlastung von Ehrenamtlichen im städtischen ÖPNV.

- Die Idee eines Transformationszentrums als Begegnungs- und Arbeitsort verschiedener ehrenamtlicher Initiativen, Vereine und Bündnisse unterstützen wir ausdrücklich.

- Das Netzwerk „Engagiert in Flensburg“ unterstützen wir und wollen eine größtmögliche Einbindung aller Träger*innen in Flensburg und Umland.

- Ehrenamtliche Strukturen und Initiativen leiden oft unter dem enormen bürokratischen Aufwand. Neben der Senkung der bürokratischen Hürden streben wir deshalb an, ehrenamtliche Arbeit eben auch durch hauptamtliche Grundlagen zu unterstützen. Wir wollen ein Konzept für eine Zentralstelle mit hauptamtlichen Personal zur organisatorischen Unterstützung von gemeinnütziger, ehrenamtlicher Arbeit.

- Es ist nicht für uns nicht hinnehmbar, dass das Ehrenamt bei der Wahrnehmung eigentlich öffentlicher Aufgaben der Stadt, des Landes oder des Bundes oft aushilft. Wir setzen uns dafür ein, dass Ehrenamtliche entlastet und die öffentlichen Strukturen für zukünftige Herausforderungen gestärkt werden.

Beteiligung. Gemeinsam. Gestalten:

- Wir wollen für die Stadt Flensburg ein Modellversuch des Bürger*innenrats. Hier werden nach einem die Diversität unserer Stadt beachtenden Losprinzip Einwohner*innen ausgewählt, die dann zu einem Bürger*innenrat eingeladen werden und der Kommunalpolitik einen Handlungsvorschlag machen. Bürger*innenräte gab es bereits häufiger auf Bundesebene. Der erste Flensburger Bürger*innenrat soll sich mit kommunalen Klimaschutzmaßnahmen beschäftigen.

- Breite Beteiligung geht nur niedrigschwellig. Wir werden die Möglichkeit von Stadthallenforen prüfen, zu denen Einwohner*innen einfach hingehen können und Verwaltung sowie Kommunalpolitiker*innen zu unterschiedlichen Themen befragen können. Dabei respektieren wir die ehrenamtliche Arbeit der Kommunalpolitiker*innen und halten die zusätzliche Belastung für

Ehrenamtliche so gering wie möglich.

- Die Beteiligung muss an erster Stelle stehen. Die Bürger*innenbefragungen, die Stadtteilforen und die Beteiligungsgremien sind bei neuen städtischen Projekten deshalb immer prioritär und frühzeitig zu aktivieren. Informationen und Einladungen für Bürger*innenbeteiligung sollten stets multilingual sein.

- Wir stärken den Zugang und die Niedrigschwelligkeit von ehrenamtlicher Kommunalpolitik. Wir wollen die Kompatibilität von ehrenamtlichen Engagement und Berufstätigkeit verbessern, die Kinderbetreuung an ehrenamtlichen Sitzungen ausbauen und stärker anbieten und interaktive Partizipation ermöglichen.

- Die Aufklärung über die Relevanz und die Wirkungsmöglichkeiten von kommunaler Politik und kommunalen Wahlen ist für uns eine Herzensangelegenheit. Projekte wie „Demokratie macht Schule“ stärken wir deshalb.

- Wir respektieren und schätzen die enormen Leistungen des Teams Engagement und Beteiligung der Stadt Flensburg. Die Mitarbeiter*innen dort wollen wir deshalb mittelfristig entlasten und die Stellen ausbauen.